

**Freie  
Demokraten**

**FDP**





**2 - 6**



Markus Herbrand MdB

**6 - 10**



Stefan Lenzen MdL

**11 - 15**



Katharina Willkomm MdB

**15 - 19**



Dr. Werner Pfeil MdL



## Liebe Mitglieder, liebe Bürgerinnen und Bürger,

Politik ist Handwerk und gute Politik zu machen, ist harte Arbeit. Im Bund kämpfen wir Freie Demokraten dafür, mehr Freiräume für Menschen und Unternehmen zu schaffen. In Nordrhein-Westfalen setzen wir das als Regierungspartei und getragen von unseren Mitgliedern um. Wichtig ist, dass wir die Herausforderungen auf der jeweils richtigen Ebene anpacken – vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen. Mit diesem Heft möchten wir Ihnen zeigen, welche Themen wir im Bundestag und im Landtag von NRW vorantreiben und wie wir uns damit für Sie und unsere Region einsetzen.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und freuen uns darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Ihre Abgeordneten des Bezirksverbandes Aachen

Katharina Willkomm MdB

Dr. Werner Pfeil MdL

Stefan Lenzen MdL

Markus Herbrand MdB

## THW-Unterstützung Ehrenamtliche Arbeit verdient Anerkennung

Sandsackbefüllungsmaschine und moderne Gerätewagen – was wenig aufregend klingt, beschreibt unverzichtbare Helfer des Technischen Hilfswerks im Notfall. Leider sind diese nicht selbstverständlich. So feiert der Gerätewagen des THW-Ortsvereins Schleiden in diesem Jahr sein 30-jähriges Dienstjubiläum. Die für den Hochwasserschutz benötigte Sandsackbefüllungsmaschine wurde ursprünglich sogar auf eigene Kosten angeschafft – die Instandhaltungs- und Unterhaltskosten kommen dabei jedes Jahr noch hinzu. Als Mitglied der Helfervereinigung für das THW Schleiden und örtlicher Bundestagsabgeordneter habe ich mich beim THW-NRW-Landes- und Bundesverband sowie beim Bundesinnenministerium dafür eingesetzt, dass der Gerätewagen endlich erneuert wird. Auch die Kosten für Betrieb und Wartung der Sandsackbefüllungsmaschine sollen nicht länger das „Privatvergnügen“ der ehrenamtli-



chen Helferinnen und Helfer bleiben. Beide Anliegen waren zu meiner großen Freude erfolgreich. Das neue Fahrzeug soll 2019 zur Verfügung stehen. Zudem wird der Bund die Betriebskosten für die Sandsackbefüllungsmaschine übernehmen. Noch nicht umgesetzt, aber in der öffentlichen Ausschreibung befindlich und für August 2019 geplant, sind umfangreiche Sanierungsarbeiten an den THW-Gebäuden. Damit gehören das undichte Hallendach sowie die Feuchtigkeitsschäden und der Schimmelbefall in Büro- und Umkleideräumen hoffentlich spätestens im Herbst der Vergangenheit an. Ehrenamtliches Engagement ist für unser Land und die Menschen unverzichtbar. In diesem Sinne muss die Politik auch dafür sorgen, dass adäquate Ausstattung und Gebäude die Regel sind.

## Ausbildungsförderung für Asylberechtigte

Nach wie vor stehen wir bei der Integration von zu uns geflüchteten Menschen vor gewaltigen Herausforderungen. Abseits von der grundsätzlichen Frage nach den Asyl- und Aufnahmemöglichkeiten in unserem Land, ist es unumstritten, dass die Integration in unsere Bildungs- und Arbeitswelt für die Flüchtlinge mit Asylstatus oder einer anderen Form des (dauerhaften) Aufenthaltsrechts der beste Weg ist,



um langfristig und erfolgreich in unserem Land und in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen. Vor diesem Hintergrund unterstütze ich auch sehr gerne das hierauf abgestimmte Ausbildungsangebot des Berufsbildungszentrums Euskirchen (bze). So sind es oftmals vor allem Probleme mit der deutschen

Sprache, die einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss der Flüchtlinge verhindern. Das bze steuert diesem Problem u.a. mit Sprachförderung und einer Verlängerung der Ausbildungszeit entgegen. Durch die Beteiligung von Sozialpädagogen im Rahmen einer außerbetrieblichen Berufsausbildung vor allem bei sozialen Trägern werden

zudem andere Herausforderungen bei der Ausbildung berücksichtigt und gelöst. Bei einem Vor-Ort-Besuch mit Vertretern des NRW-Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration habe ich dafür plädiert, dass die Erfahrungen aus Euskirchen auch Anwendung in anderen NRW-Ausbildungsstätten finden.

## Grundsteuerreform – Kommunalen Haushalten droht Milliardenverlust

Weniger Bürokratie, keine steigenden Steuern und verfassungskonforme Gesetzgebung – dieser Dreiklang liberaler Grundprinzipien stellt für mich die Richtschnur verantwortungsbewusster Politik dar. Bundesfinanzminister Scholz folgt diesem Ansatz leider nicht. Seine durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes notwendig gewordene Grundsteuerreform basiert auf Bürokratie, Kostensteigerung und Gesetzesunsicherheit. Anstatt die Chance zu nutzen, um zu einer deutlichen Entbürokratisierung zu kommen, droht dadurch die Gefahr, dass nichts besser und vieles schlimmer wird.

Dabei warnen nicht nur wir Freien Demokraten vor einer gescheiterten Grundsteuerreform, die im Ergebnis Steuereinnahmen von etwa 14 Mrd. versiegen lassen würde – eine Summe, die im Übrigen den kommunalen Haushalten zufließt und dementsprechend essentiell ist für Ausgaben und Investitionen vor Ort. Sämtliche Experten, Mieter- und Vermieter-Verbände, Gewerkschaften und nicht zuletzt die eigenen Finanzverwaltungen warnen



davor, dass die Bürokratiekosten gemeinsam mit den Mieten vor allem in den bereits heute überlaufenen Großstädten steigen und steigen.

Gemeinsam mit meiner Fraktion fordere ich seit einem Jahr eine aufkommensneutrale Grundsteuerreform anhand der Fläche ohne bürokratische Belastungen wie umfangreiche, kostspielige und streitanfällige Bewertungen von Grundstücken und Gebäuden. Unser Steuerrecht ist bereits heute nur ein dauerhafter Reparaturbetrieb, an dessen notwendige Reform sich offensichtlich niemand heranwagen möchte. Dieses System nun noch weiter zu belasten, wäre eine Katastrophe und tritt jede Bemühung um Bürokratieabbau mit Füßen.

## Bürokratieabbau im Steuer- und Sozialversicherungsrecht

Mit dem von mir erarbeiteten und in den Bundestag eingebrachten Antrag der Freien Demokraten „Steuerrecht vereinfachen – Bürokratie abbauen“ wird das Ziel verfolgt, bürokratische Regularien abzubauen. So fordern wir z.B. die Anhebung der Wertgrenze für die Sofortabschreibung auf Anschaffungskosten für geringwertige Wirtschaftsgüter auf einen Betrag von 1.000 Euro. Für die Vereinfachung der steuerrechtlichen Pflichten der Unternehmen und Privatpersonen wollen wir die Abgabezeitpunkte der Umsatzsteuer-Voranmeldung sowie der sog. zusammenfassenden Meldung und der Intrastat-Meldung vereinheitlichen, damit hierfür nicht drei unterschiedliche Termine anfallen. Gleichzeitig sollen die Grenzwerte für die Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung angehoben werden. Die Unternehmen, deren Einnahmen 17.500 Euro nicht überschreiten, sollen zudem nicht länger eine Einnahmenüberschussrechnung (EÜR) abgeben müssen. Steuerpflichtige Rentnerinnen und Rentner sollen nur dann eine Steuererklärung abgeben müssen, wenn sie andere Einkünfte als ihre regulären Rentenbezüge erzielen. Ebenfalls eine große Entlastung wäre ein vermehrter Einsatz von Pauschalen bei Sachzuwendungen, Bewirtungen und Betriebsver-



anstaltungen. Die bisher übliche Einzelfallprüfung bindet zu viel Personal. Es ist überfällig, dass die Bundesregierung endlich ihrem eigenen Anspruch gerecht wird, nach dem für jede neu eingeführte Regel eine andere Vorschrift abgeschafft wird. Wir Freie Demokraten wollen diese Regel sogar zu einer „one in, two out“-Regel erweitern, damit endlich Entlastung spürbar ist. Auch fordern wir, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um die Finanzverwaltung vollständig ins digitale Zeitalter zu überführen. Dass einige der Anregungen meines Antrages bereits im Referententwurf der Bundesregierung zum sog. Bürokratieentlastungsgesetz III einbezogen wurden, ist ein erster Erfolg.

## Zollbehörde stößt an ihre Grenzen

Als Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion für die Arbeit der Zollbehörden habe ich in den vergangenen Monaten zahlreiche Hintergrundgespräche und Vor-Ort-Termine durchgeführt. Ziel war es, die besonderen Herausforderungen der zollbehördlichen Tätigkeit im direkten Austausch mit den Praktikerinnen und Praktikern im Einsatz kennenzulernen. Die Kontakte und Besuche haben deutlich gezeigt, dass der Zoll bereits hart an der Grenze des Möglichen arbeitet. Mancherorts ist diese Grenze nach meiner Überzeugung bereits überschritten. So läuft die Arbeit der „Financial Intelligence Unit“ (FIU) als Ermittlungsstelle gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung nicht rund. Verdachtsfälle werden entweder gar nicht oder zu spät nachverfolgt. Personal ist schlecht ausgebildet oder es fehlen die entscheidenden Informationsrechte. Im Hamburger Hafen hingegen läuft die Arbeit momentan noch vergleichsweise erfolgreich. Ein ungeordneter Brexit könnte die Zollabfertigung aber schnell an ihre Grenzen bringen. Ähnlich verhält es sich im Kampf gegen Schwarzarbeit und Schmuggel sowie bei der Gewährleistung eines freien Warenverkehrs und bei der Eintreibung von Energie- oder Tabaksteuer. Der Zoll wird zwar mit Arbeit überhäuft, die Strukturen wachsen aber nicht mit. Bei zahlreichen



Gelegenheiten habe ich auf diese negative Entwicklung hingewiesen. Der für den Zoll verantwortliche Bundesfinanzminister nimmt sich diesen deutlichen Warnungen auch aus den Reihen der Behörde selbst bislang aber nicht an. Punktuell werden zwar Personalverstärkungen und verbesserte IT-Ausstattung umgesetzt, die Breite der Behörde erreichen diese „Tropfen auf den heißen Stein“ aber nicht. Für mich ist es essentiell, dass die Aufgaben des Zolls entzerrt und verringert werden. Endlosschleifen von Dokumentation, Kontrolle und Berichterstattung müssen endlich durchbrochen werden. Sobald der Zoll sich z.B. nicht mehr mit den Dokumentationspflichten im Mindestlohnbereich oder handschriftlichen Ausfuhrgenehmigungen im „kleinen Grenzverkehr“ beschäftigen müsste, stünde für die eigentliche Arbeit wieder mehr Personal und Know-How zur Verfügung.

## Landwirtschaft und Umweltschutz

Gerade in den emotional aufgeladenen Klimadebatten wird regelmäßig mit dem Finger auf die konventionelle Landwirtschaft und ihre Einflüsse auf die Umwelt gezeigt. Monokulturen, der Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln sowie die Wasserentnahme werden als Quelle von Schäden an Flora und Fauna genannt. In der Diskussion wird dabei oft übersehen, dass sich die Landwirtinnen und Landwirte um Nachhaltigkeit in der Natur bemühen – immerhin handelt es sich um die Grundlage ihrer Arbeit. Bei Vor-Ort-Terminen habe ich mich über diese Bemühungen informiert. Von der Reduzierung der Dünge- und Pflanzenschutzmittel über die Suche nach alternativen Anbaugebieten bis hin zum Austausch mit Anwohnerinnen und Anwohnern – es wird vieles unternommen, um negative Folgen der konventionellen Landwirtschaft zu lindern. Das Engagement der Landwirtschaftsvertreter stößt dabei aber auch an Grenzen, die von der Politik zu verantworten sind. So sollten bspw. alternative Anbauflächen für Mais die Erosion

des Bodens und in der Folge Hochwasser- und Schlammschäden verhindern. Da diese Flächen allerdings nicht von der EU-Förderrichtlinie erfasst werden, wurde die Ortsverlagerung auf Eis gelegt. Auch bei der Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen gibt es Handlungsbedarf. So ist in Deutschland der Einsatz bestimmter Chemikalien verboten, während dieselben Mittel in anderen (EU-)Ländern eingesetzt werden dürfen. Auch unterscheiden sich die Beihilfavorschriften von Land zu Land. Diese Form der Wettbewerbsverzerrung wird zurecht von den deutschen Landwirtinnen und Landwirten kritisiert. Dabei sollten fairer Wettbewerb und einheitliche Wettbewerbsbedingungen im europäischen Binnenmarkt unverzichtbar sein. Die Landwirtschaft in NRW und dem Rest Deutschlands muss die gleichen Chancen auf dem Markt haben wie die Landwirte aus anderen EU-Staaten. Gemeinsam mit der AG Landwirtschaft meiner Fraktion werde ich darauf drängen, unsere Landwirtinnen und Landwirte nicht im „Regen stehen zu lassen“.

## Für eine realistische Inklusionspolitik

Vor fast zehn Jahren trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Leider wurde in der Vergangenheit nicht jede gut gemeinte Idee auch gut umgesetzt. Aus der Schaffung gleicher Chancen wurde schnell Gleichmacherei. Die in NRW völlig an der Lebenswirklichkeit vorbeigeplante

schulische Inklusion ist ein mahndes Beispiel. Inklusion stand nicht mehr für eine vielfältige, chancengerechte Gesellschaft sondern für Chaos, Staatsdirigismus und Zwang. Die NRW-Koalition steht dagegen für eine realistische Inklusionspolitik. Die NRW-Koalition wird beim Thema Wohnen die Wahlfrei-

heit erhalten. Menschen mit Behinderung sollen selbst entscheiden, wo sie leben und wohnen möchten. Deshalb werden wir unterschiedliche Wohnformen unterstützen. Betreutes Wohnen, Wohngruppen und stationäre Einrichtungen stehen dabei gleichberechtigt nebeneinander. Beim Thema Arbeit setzen wir auf innovative, praktikable und betriebsnahe Lösungen. Wir wollen, dass das Budget für Arbeit eigenverantwortlich zur Arbeitsmarktintegration genutzt werden kann. Wir

setzen auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir wissen aber auch, dass dies nicht immer oder nicht immer sofort möglich ist. Deshalb wollen wir die Wahlfreiheit und damit die Werkstätten erhalten. Werkstätten, die mit Betrieben des ersten Arbeitsmarktes kooperieren und somit einen fließenden Übergang von der Werkstatt in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen, haben für uns Modellcharakter. Für uns gilt: Inklusion muss sich stets am Menschen orientieren.

## Berufseinstiegsbegleitung ist gesichert

Der ESF\*-Begleitausschuss hat einstimmig beschlossen, dass Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung künftig mit Mitteln aus dem ESF-Programm des Landes kofinanziert werden. Mit dem Beschluss senden wir ein Signal der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit schlechteren Startchancen beim Übergang in eine Ausbildung. Die Berufseinstiegsbegleitung hat sich gerade durch die personelle Kontinuität der Betreuung als erfolgreiches Instrument zum Start ins Arbeitsleben erwiesen. Ich freue mich, dass die intensiven Diskussionen mit allen Beteiligten nach dem Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung jetzt zu einer Lösung geführt haben. Durch die Kofinanzierung aus ESF-Mitteln wird die Fortführung der Berufsein-



stiegsbegleitung gesichert. Zudem erhalten wir Spielräume, die zur Flexibilisierung des Programms genutzt werden können. Mittel des Landes sind hierbei gut investiert, wenn damit mehr jungen Menschen der Einstieg in eine Ausbildung gelingt.

\* ESF = Europäischer Sozialfonds. Die Berufseinstiegsbegleitung wird seit März 2015 an ca. 441 Schulen auf Grundlage von § 49 SGB III durchgeführt. Sie ist für Jugendliche vorgesehen, die einen Hauptschul- oder Förderschulabschluss und anschließend eine Berufsausbildung anstreben, diesen Weg aber ohne Unterstützung voraussichtlich nicht erfolgreich bewältigen können. Im Anschluss an die bisherige Förderung durch das ESF-Bundesprogramm soll die Förderung der Berufseinstiegsbegleitung mit dem Beschluss des ESF-Begleitausschusses in das ESF-Programm des Landes aufgenommen werden.

## Lernerfolg durch Qualitätsverbesserungen

Das Erlernen der deutschen Sprache im Integrationskurs ist erster Schritt zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe. Daher haben die Koalitionsfraktionen von FDP und CDU einen Antrag zur Verbesserung der Qualität von Integrationskursen auf den Weg gebracht. In der Anhörung haben die Sachverständigen aufgezeigt, dass wir mit einer Verringerung der Gruppengrößen und einer flexibleren Handhabung der Stundenkontingente angesichts der heterogenen Voraussetzungen der Geflüchteten die Qualität der Kurse und damit auch den Lernerfolg deutlich steigern können. Dies gilt auch für eine bessere Verknüpfung mit Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. Die Vorschläge der NRW-Koalition zeigen hier die Richtung für eine Ände-

rung der bundesrechtlichen Vorgaben auf. Wir wollen möglichst allen geflüchteten Menschen – mit Ausnahme derer aus sicheren Herkunftsstaaten – den Zugang zu Integrationskursen öffnen. Im Anschluss an die Integrationskurse spielt die Förderung konkreter Berufsfachsprache eine entscheidende Rolle für den Einstieg in Ausbildung und Arbeit. Der Einsatz ehemaliger Berufsschullehrer, Ausbilder und Prüfer könnte dazu beitragen, das Angebot an Berufssprachkursen auszubauen. Die Verknüpfung einer Einstiegsqualifizierung mit einem Berufssprachkurs wie derzeit in lokalen Projekten in Köln und Bielefeld sollte über eine Vereinbarung zwischen dem BAMF und der Bundesagentur für Arbeit ausgeweitet werden.

## Arbeitsmarkt fit für Migration machen

Auf Initiative von FDP und CDU befassten sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Integrationsausschuss mit der Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit sowie mit der besseren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Der Erwerb einer beruflichen Qualifikation ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Sprachkenntnisse sind grundlegende Voraussetzung, um eine Ausbildung erfolgreich absolvieren zu können. Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen



wollen wir verbessern. Dabei geht es nicht nur um die Integration von Geflüchteten, sondern auch um EU-Grenzgänger, die mit einem niederländischen oder belgischen Abschluss in NRW arbeiten möchten. Um praktische Probleme bei den Anerkennungsverfahren abzubauen, wären zum Beispiel mehrsprachige Abschlusszeugnisse, eine Datenbank zur Beschreibung ausländischer Berufsabschlüsse und die vermehrte Nutzung von Teilanerkennungen hilfreich. Teilqualifikationen bieten einen Einstieg für Menschen, deren Berufsqualifikationen nicht vollständig anerkannt werden können.

Mit Hilfe modularer Nachqualifizierungen können dann auch arbeitsbegleitend Abschlüsse erreicht werden. Von den Sachverständigen wurde in der Anhörung begrüßt, dass Minister Joachim Stamp mit dem Erlass zur Ausbildungsduhlung Rechtssicherheit geschaffen hat. Diesen Weg werden wir auch bei Rechtsänderungen im Bund fortsetzen. Mit der besseren Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit und der verbesserten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sorgen wir für mehr Chancen und leisten gleichzeitig einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

## 📡 Besuch beim KAI/DRK in Heinsberg



Mitte April war ich zu Gast beim KAI/DRK in Heinsberg, dort informierten mich die KAI-Leiterin Gülsen Litherland und der DRK-Kreisgeschäftsführer Lothar Terodde über ihre Arbeit mit Flüchtlingen und sozial-schwachen Menschen. Im sogenannten Kristallisationspunkt gegen Armut durch Integration wird ehrenamtliches Engagement organisiert und Räume für Begegnung und Austausch geschaffen.

## 📡 Girls' and Boys' Day



Anlässlich des diesjährigen Girls' and Boys' Day begrüßte ich Max Busch im Landtag. Im Landtag selbst gibt es keine klassischen Frauen- oder Männerberufe, vielmehr sind die Büros vielfältig besetzt und haben verschiedenste Hintergründe. Vom Geschichtswissenschaftler über den Politologen und die Juristin bis hin zum Studenten sind verschiedenste Ausbildungen vertreten.

## Interreligiösen Dialog stärken

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land – und darauf können wir stolz sein. Vielfalt ist unsere Stärke. Mit der Koordinierungsstelle „Muslime in NRW“ schafft die NRW-Koalition eine Plattform, um den Dialog mit dem Islam auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Koordinierungsstelle baut auf drei Säulen: Einem Forum muslimische Zivilgesellschaft als Dialog-Plattform, einem Expertenrat als Beratungsgremium zu Fragen des muslimischen Lebens sowie einem Projektmanagement zu Themen wie Empowerment, Vernetzung und Antidiskriminierung. Die vorherige Konzentration auf meist konservativ geprägte Verbände hat die Vielfalt des Islams nicht beachtet. Dazu gehören auch weltoffene und liberale Akteure und Verbände. Wir wollen gerade nicht Ditib und Diyanet die Hoheit über den Islam-Dialog in NRW überlassen. Ein friedliches Zusammenleben verschiedener Religionen setzt nicht nur eine Auseinandersetzung innerhalb der einzelnen Konfessionen voraus, sondern auch den Dialog



zwischen den Religionen. Daher wollen wir als weiteren Schritt Ansätze zur Verstärkung des interreligiösen Dialogs entwickeln. Die Vermittlung unserer freiheitlich-demokratischen Werte ist ein zentraler Bestandteil des Integrationsprozesses. Wie dies durch die Religionsgemeinschaften unterstützt werden kann, sollte Teil des neuen Islam-Dialogs sein. Die NRW-Koalition stellt den Islam-Dialog auf neue Beine, damit endlich alle Muslime vertreten werden und sorgt mit dem interreligiösen Dialog dafür, dass NRW ein vielfältiges und friedliches Land bleibt.

## Innovation für den Kreis Heinsberg

Am Rande einer Plenarsitzung konnte ich mich zusammen mit Kollegen aus der Region Heinsberg mit Wirtschaftsminister Prof. Dr. Pinkwart über die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Heinsberg austauschen. Dabei ging es insbesondere um die modernen



Mobilitätskonzepte, die vom Kreistag beschlossene Digitalstrategie und den Strukturwandel in der Region.

## **Wettbewerb Verbraucherschule**

Mündige Verbraucher wachsen nicht auf Bäumen. Konsumkompetenz muss auch auf diesem Feld erst aufgebaut werden, am besten von Kindesbeinen an. Nicht jedes Kind hat das Glück, von Haus aus in diesen Themen zukunftsfit gemacht zu werden. Deshalb unterstütze ich sehr gerne den jährlich stattfindenden bundesweiten Wettbewerb „Verbraucherschule“ und habe die Schülerinnen und Schüler in meinem Wahlkreis zur Teilnahme ermutigt. Die Auszeichnung Verbraucherschule wird vom Verbraucherzentrale Bundesverband vergeben und durch die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz gefördert. Über den Wettbewerb sollen Alltagskompetenzen von Schülerinnen und Schülern gestärkt werden. Für die Auszeichnung werden Maßnahmen, Projekte und Unterrichtsvorhaben, die in einem Schuljahr durchgeführt

wurden, berücksichtigt. In der Summe müssen alle Handlungsfelder der Verbraucherbildung behandelt werden, also „Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht“, „Medien und Information“, „Ernährung und Gesundheit“ und „Nachhaltiger Konsum und Globalisierung“. Der Wettbewerb richtet sich an alle gemeinbildenden Schulen (auch Berufsschulen), die ihre Schülerinnen und Schüler durch praxisorientierte und innovative Unterrichtsmaßnahmen und Projekte fit für den Alltag machen. Eine Schule aus dem Kreis Düren hat in den letzten Jahren bereits erfolgreich an dem Projekt teilgenommen und wurde für ihre Arbeit mit dem Titel Verbraucherschule Gold ausgezeichnet. Die Auszeichnung wird auch in den Stufen Silber und Bronze vergeben.

## **Schuldenfallen entschärfen, Verbraucher stärken**

Überzogene Inkassokosten sind ein Ärgernis, das schon vielen Menschen Sorgen bereitet hat. In Extremfällen können sie Menschen sogar in eine Schuldenspirale reißen, weil das Abstottern von Forderungen weitere Kosten auslöst. Die Inkassokosten sind aber nur ein Symptom, nicht die Ursache des Problems. Denn die Inkassokosten fallen erst an, wenn jemand mit den eigentlichen Forderungen in Verzug geraten ist. Der Gläubiger hat also schon selbst eine Mahnung verschickt und immer noch kein Geld erhalten. Und sie sind in der Höhe

gesetzlich begrenzt. Sie dürfen nicht höher sein, als die Kosten, die durch die Beauftragung eines Anwalts entstanden wären – den könnte der Gläubiger nämlich ohnehin gleich einschalten. Betroffenen hilft nur frühzeitige Unterstützung, z.B. durch eine Schuldnerberatung. Aus Scham oder Stolz wird diese Hilfe oft erst viel zu spät in Anspruch genommen. Hier müssen wir ansetzen. Beratungsangebote besser vermitteln und Schuldner zur Selbsthilfe ermutigen. Außerdem muss die Inkasso-Aufsicht verbessert werden.

## Strukturwandel im Rheinischen Revier

Das Ende der Braunkohleverstromung bis 2038 ist beschlossene Sache und wird einer der großen Beiträge Deutschlands zur Erfüllung der Pariser Klimaziele. Für das Rheinische Revier bedeutet das einen Strukturwandel, der sich auf Industrie, Wirtschaft und Arbeitsplätze niederschlagen wird. Mit dem FDP-Kreisverband Düren habe ich am 14. Juni in Jülich eine große öffentliche Podiumsveranstaltung unter dem Titel „Strukturwandel – Wie können wir ihn für unsere Region nutzen?“ durchgeführt. Mit Unternehmern, Wissenschaftlern, Politikern wie NRW-Wirtschaftsstaatssekretär Dammermann und Bürgerinnen und Bürgern habe ich diskutiert, wie wir mit diesen Umwälzungen konstruktiv umgehen. Wie können wir die zur Verfügung gestellten Fördermilliarden so einsetzen, dass die Folgen des Strukturwandels nicht nur abgefedert werden, sondern im



Rheinland die Basis für neue industrielle Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum für die nächste Generation geschaffen wird? Was wird aus den jetzigen großen Arbeitgebern und was kommt danach? Kein Teilnehmer beschönigte die vor uns liegenden Herausforderungen. Alle waren sich einig, dass die Schlüssel zur Zukunft vor allem im Ausbau von Infrastruktur und der Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung liegen. Klar ist, der Staat kann nur Impulse und Rahmenbedingungen schaffen. Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum müssen letztlich die Unternehmen aufbauen.

## Grundrechtsschutz auch in heiklen Situationen sicherstellen

Innerhalb der Fraktion bin ich auch zuständig für das Thema Freiheitsentzug, beispielsweise in der Psychiatrie. Bei der Regelung solch schwerer Rechtseingriffe ist es wichtig, genau hinzugucken. Im Mai hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, dass den Grundrechtsschutz für Menschen bei solchen Maßnahmen verbessert. Es betrifft Bürger, die beispielsweise in einer geschlossenen Einrichtung am ganzen Körper fixiert werden müssen,

um sie vor sich selbst oder das Personal zu schützen. Eine Fixierung im Rahmen von Freiheitsentziehungen bedeutet einen noch massiveren Grundrechtseingriff als der bloße Freiheitsentzug allein. In Plenardebatten habe ich darauf gedrungen, besondere Schutzmechanismen einzubauen, bevor in die Bewegungsfreiheit eingegriffen werden darf. Dazu gehört, dass eine richterliche Genehmigung eingeholt wird.

## Staatliche Deckelung der Dispozinsen – Unnötige Regulierung zu Showzwecken

Für die Linken-Fraktion ist die Lösung jedes Problems "mehr Staat" und im Zweifel "weniger Freiheit". So haben die Genossen auf der Suche nach neuen Opfern, die es zu schützen gilt, die Bankkunden für sich entdeckt und fordern eine gesetzliche Deckelung von Dispozinsen. Das zeigt, dass die Linke die soziale Marktwirtschaft bis heute nicht so ganz akzeptieren will. Dass die Dispozinsen in den letzten Jahren bereits deutlich gefallen sind, ignoriert sie geflissentlich. Dabei zeigen gerade diese Zinsensenkungen, dass der Markt funktioniert. Verbraucher wechseln vermehrt ihre Banken. Sie nutzen zu großen Teilen Online-Banking, wodurch die Bindung an die eigene Filialbank abnimmt. Dank der Einführung verschärfter Transparenzpflichten müssen die Banken ihre Preise und Gebühren auffälliger und verständli-

cher auflisten. Die Kunden können besser vergleichen und durch die gesetzlich vorgeschriebene Konto-wechselhilfe klappt der Umzug meist reibungslos. Der Wettbewerb senkt also stetig die Kosten. Hier zeigt sich besonders gut der Unterschied zwischen sinnvoller und unnötiger Regulierung. Der Staat kann sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen festzulegen. Sind diese Leitplanken gesetzt, agieren Menschen vernünftig und zügig anhand ihrer Interessen. Mit persönlicher Freiheit gehen natürlich Risiken einher, z. B. Überschuldung durch Impulskäufe. Den besten Schutz davor gewährt gute Bildung. Wirtschaft muss deutschlandweit auf den Lehrplan. Wenn Kinder lernen, mit Geld richtig umzugehen, gehen sie auch als Erwachsene sicher damit um.

## Untersuchungsausschuss – Weiterhin hoher Aufklärungsbedarf im Fall AMRI

Die vollständige Aufklärung des tödlichen Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz 2016 und eine umfassende Prüfung der Arbeit der Behörden im Fall Amri sind mir wichtig. Mit meinem Kollegen Benjamin Strasser konnte ich im Bundestagsuntersuchungsausschuss erfolgreich wichtige Punkte aufdecken. Geholfen hat dabei auch das Urteil des Bundesgerichtshofs vom März 2019. Damit haben wir uns gemeinsam mit anderen Oppositionsfraktionen gegenüber der Großen



Koalition durchgesetzt, die im Untersuchungsausschuss nicht immer durch Aufklärungswillen glänzt. Es ist offensichtlich, dass zuständige Behörden nicht in der Lage waren, effizient zusammenzuarbeiten. Amris Gefährlichkeit wurde systematisch unterschätzt. Behörden sahen lediglich einen Einzeltäter, der zuvor angeblich nur als Kleinkrimineller aufgefallen sei. Tatsächlich haben wir konkrete Indizien dafür gefunden, dass Amri in ein internationales Netzwerk von aktiven Dschihadisten eingebunden war. Auch die Lokalisierung und potentielle Vernehmung Bilel Ben Ammars, eines

engen Vertrauten Amris, in tunesischer Haft ist ein wichtiger Schritt im Aufklärungsprozess. Ben Ammar wurde bereits einen Monat nach der Tat schnell und aus bisher ungeklärten Gründen nach Tunesien abgeschoben. Es besteht weiterhin großer Aufklärungsbedarf, um eine Reform der föderalen Sicherheitsstruktur zu ermöglichen. Dies sind wir nicht nur den Opfern und Hinterbliebenen schuldig, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern, deren Vertrauen in die Sicherheitsbehörden wieder hergestellt werden muss.

## Reform der Mietpreisbremse

Die steigenden Mietpreise in den Städten sind ein anhaltendes Problem. Die vermeintliche Lösung der GroKo, die „Mietpreisbremse“, wurde 2015 verabschiedet und hat nichts gebracht. Das war keine Überraschung, denn ihre Regelungen waren zu kompliziert und streitanfällig. Aber vor allem geht die Mietpreisbremse am eigentlichen Problem vorbei: Ständiger Zuzug in die Städte bei fehlenden Neubauten macht aus Mietwohnungen Mangelware und das treibt die Preise in die Höhe. Um Mieter wirksam zu entlasten, muss mehr gebaut werden. Fehlende Baulandausweisung, langwierige Genehmigungsverfahren und hohe Grunderwerbssteuern verhindern dies aber vielerorts. Um das zu überdecken, legte die Regierung nur unsinnige Förderprogramme auf, wie das Baukindergeld – eine Finanzspritze, die zum

Großteil für bereits fertig gebaute Eigenheime abgerufen wird. Nach drei Jahren weiter gestiegener Mieten hat die GroKo sich Ende 2018 daran gemacht, die Mietpreisbremse zu reformieren. Als ob der Lahme plötzlich gehen könnte, wenn er nur eine größere Krücke hätte, wurden die bestehenden Regelungen verschärft. Zum Beispiel können Modernisierungen nur stark eingeschränkt auf die Mieter umgelegt werden. Das klingt zwar erst mal gut, verhindert aber sinnvolle Umbauten, wie für altersgerechtes oder klimaneutrales Wohnen. Wenigstens wurde auf die auch von mir in meinen Bundestagsreden geübte Kritik reagiert. So ist der Mechanismus der „qualifizierten Rüge“, die Mieter zur Rückforderung überzahlter Mieter erklären mussten, vereinfacht worden. Ein Flop bleibt die Mietpreisbremse trotzdem.

## Oecher Prinz zu Besuch in Berlin

Was ist schon der Job der Bundeskanzlerin oder des DFB-Bundestrainers, wenn man stattdessen nur ein einzig mal Oecher Prinz im Karneval sein kann? Eben! Deshalb war das ein ganz besonders erfreulicher und ehrenvoller Termin, als im Februar Prinz Tom I. mitsamt der Prinzensgarde Aachen auf Einladung von Markus Herbrand und mir den Deutschen Bundestag besuchte. Sie kamen nicht mit leeren Händen: Neben prächtigen Orden und guter Stimmung brachten die Jecken auch einen gelungenen Auftritt des Oecher



Tanzpaares im Paul-Löbe-Haus mit. Nicht nur dieser Besuch hat ganz deutlich gemacht: Unsere Heimatregion exportiert weit mehr als Papier, Strom und Rüben und mehr Rheinland an der Spree kann Berlin nur gut tun.

## Flughafen Merzbrück und das INTERREG-Projekt „Urban Air Mobility“

Am 12. Juni 2019 durfte der Flughafen Merzbrück hohen Besuch begrüßen. Ministerpräsident Armin Laschet und Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart waren gekommen, um sich über das Projekt „Urban Air Mobility“ zu informieren. Nachdem Minister Pinkwart auf meine Einladung hin im November 2017 das Projekt des Forschungsflugplatzes im Haus der StädteRegion vorgestellt worden war, flossen nach der Haushaltsverabschiedung 2018 die Gelder aus Düsseldorf für die Umgestaltung des Forschungsflugplatzes. „Urban Air Mobility“ ist nur ein Projekt, das auf dem Forschungsflugplatz angesiedelt wird. Batteriebetriebene Elektroflugzeuge sollen in einer späteren Version autonom fliegen und bis zu vier Personen befördern. Es funktioniert ähnlich wie ein Taxi: Fahr-

gäste bestellen per App einen Sitzplatz. Durch das Projekt sollen die Grenzen zwischen den drei Ländern (Deutschland, Belgien, Niederlande) im Hinblick auf die Entwicklung dieser neuen Technologie überwunden werden. Eine Drei-Länder-Kooperation zur städtischen Luftverkehrsmobilität mit nicht weniger als fünf Städten ist europaweit einzigartig. Außerdem hat Prof. Baumann (Rektor der FH) am 6. Juni bereits mit der offiziell vollzogenen Übernahme des A320-Flugsimulators „Aixplane“ das erste Projekt der Fachhochschule dort angesiedelt. Weitere Projekte werden folgen und als Landtagsabgeordneter werde ich eine separate Veranstaltung zu diesem Thema im Herbst des Jahres für alle Interessierte anbieten.

## Chaoshochzeiten

Das Thema „Chaoshochzeiten“ ist ein rechtsstaatliches und ein Sicherheitsproblem. Es kann nicht sein, dass Hochzeitskorsos zu rechtsfreien Räumen mutieren, indem die Teilnehmer den öffentlichen Verkehr auf Straßen und Autobahnen lahmlegen. Das Innenministerium hat hier schnell und zuverlässig reagiert, so dass ein Antrag der Opposition zu diesem Thema gestellt wurde, als schon alles geregelt war. Das Innenministerium hat nämlich sofort die notwendigen Daten erfasst, ein Lagebild erstellt und ist dann mit einem neu entworfenen Aktionsplan tätig geworden. Mit Flyern geht die



Polizei in NRW jetzt gegen Auswüchse bei Hochzeitsfeiern vor, die Polizei hat entsprechende weitere Vorkehrungen getroffen. Allein im April und Mai waren die Beamten laut Innenministerium 129 Mal mit dem Anlass „Hochzeitsfeier“ ausgerückt. In der aktuellen Stunde des Landtags wurden die Massnahmen der Landesregierung von mir und Alexander Brockmeier vorgestellt.

## Delegationsreise nach Norditalien

Eine Delegation des Rechtsausschusses nach Mailand, Bologna und Florenz hat zu interessanten Einblicken in die deutsch-italienische Zusammenarbeit auf verschiedenen Rechtsgebieten geführt. Ausgangspunkt war der Gerichtshof in Mailand, wo wir uns über die Digitalisierung des Rechtswesens in Italien informierten, danach ging es zu Dr. Stephan Grigolli, dem Vorsitzenden des deutsch-italienischen Anwaltsvereins, der den derzeitigen Stand der anwaltlichen Zusammenarbeit darstellte, bevor im Goethe-Institut das Thema „Rechts- und Verfassungsordnung von NRW als Kulturgut“ diskutiert wurde. Am Folgetag besuchten wir die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität in Bologna, in der wir uns über die Zusammenarbeit der ältesten Hochschule Europas mit NRW erkun-

digten. Außerdem stand ein Zwischenstopp bei dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz auf dem Programm, das „postgraduate studies“ für europäische Rechtswissenschaftler anbietet. Das Institut beherbergt außerdem die historischen Archive sämtlicher EU-Institutionen. Die Präfektin von Florenz hatte sodann eingeladen, um uns über das Sicherheitssystem und die digitale Videoüberwachung der Innenstadt zu unterrichten. Den Abschluß bildete dann noch eine Veranstaltung der Kultur-Carabinieri, in der es um die deutsch-italienische Zusammenarbeit im Bereich Kulturgüterschutz und den Kampf gegen den illegalen Kulturgüterhandel ging. In NRW gehört der illegale Kulturgüterhandel in der Statistik zum vierhäufigsten internationalen Straftatbestand.

## **Zusammenarbeit bei Katastrophen- und Brandschutz**

Mit dem Antrag Europa IV zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Katastrophenschutzfall haben wir einen großen Schritt für mehr Sicherheit in der Grenzregion getan. Gefahren und Katastrophen stoppen nicht an den Landesgrenzen. Um die Bevölkerung an den Landesgrenzen zu schützen, sind wir auf eine enge Zusammenarbeit mit Belgien und den Niederlanden angewiesen. Von Marlies Cremer aus der Leitstelle der Städte-Region Aachen hatte ich vielfältige Informationen erhalten. Mit dem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Retter in den jeweiligen Ländern auf klare Zuständigkeitsregeln zurückgreifen können. Hierzu gehört auch eine Koordinierungsstelle zur grenzüberschreitenden



Zusammenarbeit im Katastrophenfall. Ebenso wird die Kooperation der Ausbildungsinstitute zwischen NRW, den Niederlanden und Belgien gefördert, um das Zusammenwirken der Einsatzführungskräfte zu verbessern. Außerdem wurde die Bezirksregierung Köln aufgefordert, grenzüberschreitend an Katastrophenschutzszenarien mit zu entwickeln, wobei auch das Thema Tihange eine Rolle spielt. Die Klärung der noch offenen Fragen im Bereich der grenzüberschreitenden Luftrettung ist in dem Antrag ebenfalls berücksichtigt.

## **Diskussion zur grenzüberschreitenden Hochschulzusammenarbeit**

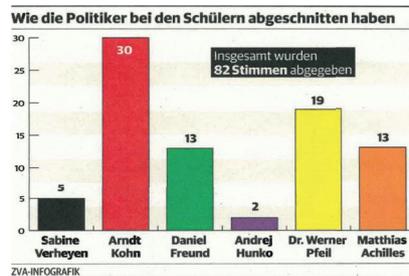
Auf meine Einladung hin diskutierten am 8. April 2019 die Hochschulrektoren der Uni Maastricht, Prof. Martin Paul, der RWTH Aachen, Prof. Ulrich Rüdiger, und der FH Aachen, Prof. Marcus Baumann, gemeinsam mit der Regierungspräsidentin, Gisela Walsken, der Geschäftsführerin der Metropolregion Rheinland, Ulla Thönissen, und der Geschäftsführerin des Zweckverbands Region Aachen, Prof. Christiane Vaeßen, über die Möglichkeiten der engeren grenzüberschreitenden Hochschulzusammenarbeit. Die drei Professoren hoben hervor, dass diese Veranstaltung die erste dieses Formats sei, in

der sie als Hochschulrektoren mit der Politik und mit den Bürgern über Fortschritte in der Hochschulzusammenarbeit diskutierten. Der neue Städeregionsrat Dr. Tim Grüttemeyer folgte ebenfalls interessiert der Diskussion. Alle waren sich einig, dass die grenzüberschreitende Hochschulzusammenarbeit für alle Beteiligten nur Vorteile bringen würde. Das Einstein-Teleskop ist ein solches Projekt, das möglicherweise in Zukunft einen gemeinsamen Hochschulprojekt der Spitzenklasse in unserer Region darstellen könnte.

## Europawahlkampf im Berufskolleg Eschweiler

Im Rahmen des Europawahlkampfes habe ich an zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen in Aachen teilgenommen. Unter anderem Eschweiler Berufskolleg. Das Podium war insgesamt durch sechs Parteien (CDU, SPD, Bündnis90/ Die Grünen, Die Linke, FDP und Piratenpartei) besetzt. Es wurden unterschiedlichste Fragerunden durchgeführt, wobei sich interessante Diskussionen auch mit den Schülerinnen und Schülern ergaben. Jeder Kandidat hatte zur Beantwortung der Fragen genau eine Minute Zeit. Die jungen Erwachsenen bewegten speziell die Themen Wahlrecht ab 16, die Einführung von EU-weiten verbindli-

chen Bürgerentscheiden, die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sowie die Themen Umweltschutz und Digitalisierung. Nahezu alle Anwesenden waren sich einig, dass Deutschland nicht aus der Europäischen Union austreten soll. Die Kandidaten wurden zum Abschluss von den Schülern bewertet:



## Grenzüberschreitende Polizeiarbeit

Die offenen Binnengrenzen stehen als eine der großen Errungenschaften für die EU und ihre Bürger nicht im Widerspruch zu einem modernen europäischen Grenzschutz. Das Ziel der modernen Fahndung im Grenzbereich muss sein, die Freizügigkeit des Reiseverkehrs und der Handelswege weiter zu gewährleisten und trotzdem müssen wir für mehr Sicherheit sorgen. Um der grenzüberschreitenden Kriminalität mit grenzüberschreitender Polizeiarbeit zu begegnen, hat die CDU/FDP-NRW-Koalition auf meine Anregung hin einen Antrag erarbeitet, in dem wir Grenzschutz europäisch behandeln: Dafür soll ausreichend Personal der



Bundespolizei bereitgestellt werden, die Bundespolizei in die Aachener Erklärung aufgenommen werden, die Infrastruktur für mobile Fahndungs- und Aufklärungsarbeit bereitgestellt werden, die Einrichtung von grenzüberschreitenden Polizeiteams sowie die Landesleitstelle dauerhaft aus dem In- und Ausland ergänzt werden. Dem Antrag vorausgegangen waren Gespräche, die ich auch mit dem Polizeipräsidenten des PP Aachen geführt hatte.

## Anerkennung und Weiterentwicklung der Euregio-Profilschulen

Die Euregio-Profilschulen sind in unserer Euregio Maas-Rhein aus einem INTERREG-Projekt, das vor 6 Jahren startete, hervorgegangen. Das NRW-Bildungsministerium hat nun alle EUREGIOs entlang der deutsch-niederländischen Grenze dazu animiert, auch auf ihrem Gebiet Euregio-Profilschulen zu gründen. In unserer Euregio hat zudem eine personelle Verstärkung beim Zweckverband Region Aachen dazu geführt, dass das Projekt weiterhin gut begleitet und unterstützt wird.



Herausgeber:



Katharina Willkomm MdB, Stefan Lenzen MdL, Dr. Werner Pfeil MdL, Merkus Herbrand MdB  
Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Die Finanzierung erfolgt persönlich durch die Abgeordneten  
Layout - Sascha Kämke



Herausgeber:

Katharina Willkomm MdB, Stefan Lenzen MdL, Dr. Werner Pfeil MdL, Merkus Herbrand MdB  
Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Die Finanzierung erfolgt persönlich durch die Abgeordneten

Layout - Sascha Kämke

Sie haben noch Fragen? Scheuen Sie sich nicht, uns zu kontaktieren.

### **Katharina Willkomm MdB**

Sprecherin für Verbraucherschutz  
der Freien Demokraten im Bundestag

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030 227 793 24  
Fax: 030 227 703 26  
katharina.willkomm@bundestag.de

[www.katharina-willkomm.de](http://www.katharina-willkomm.de)

### **Markus Herbrand MdB**

Mitglied im Ausschuss für Finanzen &  
Stellv. Mitglied im Tourismusausschuss

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030 227 7 82 81  
Fax: 030 227 7 02 84  
markus.herbrand@bundestag.de

[www.markus-herbrand.de](http://www.markus-herbrand.de)

### **Dr. Werner Pfeil MdL**

Vorsitzender des Rechtsausschusses,  
Sprecher für Feuerwehr und Katastrophenschutz & Mitglied im Innenausschuss

Landtag NRW  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Tel: 0211 884 44 10  
Fax: 0211 884 36 44  
werner.pfeil@landtag.nrw.de

[www.werner-pfeil.de](http://www.werner-pfeil.de)

### **Stefan Lenzen MdL**

Sprecher für Arbeit und Soziales  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge  
& Mitglied im Kommunalausschuss

Landtag NRW  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Tel: 0211 884 44 06  
Fax: 0211 884 36 77  
stefan.lenzen@landtag.nrw.de

[www.stefan-lenzen.nrw](http://www.stefan-lenzen.nrw)